



Peter Moser

Zwei verwandte Initiativen und das Epidemiengesetz

Eine Analyse der Zürcher Resultate der Abstimmungen vom 22.9.2013

Sowohl bei den drei eidgenössischen Vorlagen wie bei der kantonalen hiess es an diesem Sonntag Ja für Regierung und Parlament – Nein zu den Initiativen. Entsprechend wurde das Epidemiengesetz und die Änderung des Arbeitsgesetzes mit 60 und 63% Ja-Stimmenanteil deutlich angenommen. Mit nur 29% Ja-Stimmenanteil klar abgelehnt wurde hingegen die Volksinitiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ und auch die kantonale Initiative zum fakultativen kommunalen Stimmrecht für Ausländer (Volksinitiative „für mehr Demokratie“) war mit bloss 25% Ja-Anteil chancenlos. Die Stimmbeteiligung war mit rund 49% vergleichsweise hoch, was sich möglicherweise auf die Resultate der beiden Initiativen ausgewirkt hat, wie wir sehen werden.

Den kantonalen Resultaten von Abstimmungsvorlagen lässt sich das generelle Niveau der Zustimmung in der aktiv teilnehmenden Stimmbürgerschaft entnehmen. Wovon die Zustimmung abhing, bzw. wer wie abgestimmt haben könnte, zeigen sie hingegen nicht. Oft helfen hier die unterschiedlichen Ergebnisse aus den 171 Gemeinden des Kantons aber etwas weiter. Da auch sozial oder ideologisch-politisch unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung im Kanton ungleich verteilt sind, kann die Kombination von Abstimmungsergebnissen mit gemeindeweise verfügbaren Indikatoren in einer sogenannten Aggregatsdatenanalyse Aufschluss über das Abstimmungsverhalten geben.¹ Die Aussagekraft dieses Analyseverfahrens ist aber abhängig vom Informationsgehalt der Daten: Sie nimmt deshalb in der Regel zu, je stärker sich die Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden unterscheiden, je mehr Varianz also vorhanden ist. Diese Voraussetzung ist, trotz der klaren Resultate, bei allen vier Vorlagen erfüllt, die am 22.9. zur Abstimmung gelangten.

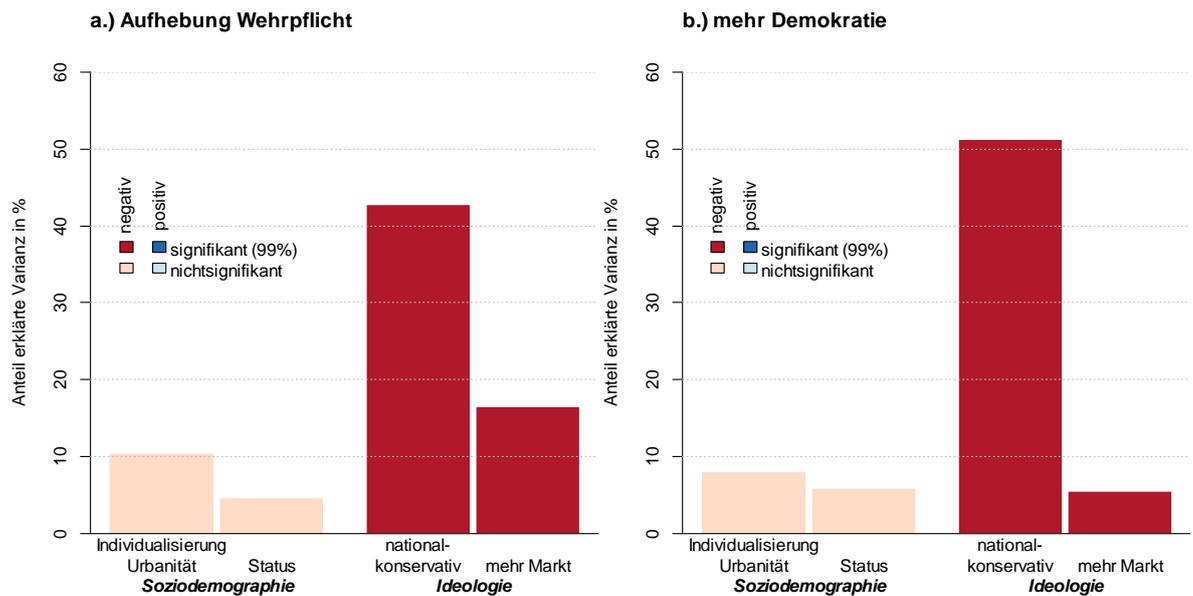
Im Kontext einer Aggregatsdatenanalyse ist die Streuung der Gemeinderesultate auch ein Indiz für die Polarisierungskraft einer Vorlage, d.h. für das Ausmass der Meinungsverschiedenheit, die sie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auslöst – vorausgesetzt selbstverständlich, dass diese Gruppen räumlich sehr unterschiedlich verteilt sind. Am grössten ist der Streubereich – gemessen am Abstand zwischen dem höchsten und dem tiefsten kommunalen Ja-Stimmenanteil – beim Epidemiengesetz mit überdurchschnittlichen² 39 Prozentpunkten. Bei den drei anderen Vorlagen betrug die Differenz durchschnittliche 31 bis 32 Prozentpunkte.

¹ Bei jeder Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger wie abstimmten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer umsichtig interpretierten Aggregatsdatenanalyse brauchbar – denn die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden, soweit vergleichbar, oft übereinstimmen.

² Bezogen auf die Abstimmungen der vergangenen zehn Jahre.

Grafik 2: Einflussfaktoren der Zustimmung zu den Initiativen

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Initiativen, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 74% („Aufhebung Wehrpflicht“) bzw. 71% („mehr Demokratie“)



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils der Initiativen. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Je konservativer eine Gemeinde, desto weniger Zustimmung zu den Initiativen: Der Konservativ-Progressiv-Gegensatz, die Hauptachse der politischen Landkarte des Kantons Zürich, ist bei beiden die klar dominante Erklärungsdimension. Sie korreliert stark mit dem SVP-Wähleranteil einerseits (hoch in den konservativen Gemeinden) und dem Wähleranteil der Linksparteien, der SP und den Grünen (hoch in den progressiven Gemeinden) andererseits. Aber auch der zweite ideologische Gegensatz spielte eine Rolle: In den wirtschaftsliberalen Gebieten, den Hochburgen der FDP am Zürichsee, war die Zustimmung niedriger als an ihrem Gegenpol, der auch bei dieser, wie bei der ersten Konfliktachse, in der Stadt Zürich liegt – genauer gesagt im Wahlkreis 4+5, der als einziger Zählkreis im Kanton beide Initiativen deutlich angenommen hat. Die Markt-Staat-Achse war allerdings bei der eidgenössischen Initiative etwas wichtiger als bei der kantonalen. In Grafik 1 ist dies daran zu erkennen, dass die einkommensstarken Gemeinden als Gruppe am oberen Rand der Punktwolke zu finden sind: Die Zustimmung zur Stimmrechtsinitiative war dort also etwas höher, als das Abstimmungsverhalten in der Armeefrage dies vermuten liess, wenn man den generellen Zusammenhang im Kanton – repräsentiert durch die grüne Regressionslinie – zugrundelegt.

Ein Zusammenhang der Abstimmungsergebnisse mit den beiden soziodemografischen Faktoren des Modells besteht bei beiden Vorlagen hingegen nicht; Angesichts der ausgeprägt identitätsbezogenen Thematik entspricht dies auch den Erwartungen.⁴

Mobilisierungseffekte bei den beiden Initiativen?

Wie eingangs gesagt, war die Stimmbeteiligung mit 49% rund 8 Prozentpunkte über dem Durchschnitt gemischt kantonal-eidgenössischer Termine der vergangenen 5 Jahre. Am höchsten war sie bei der Wehrpflichtinitiative, die von den eidgenössischen Vorlagen wohl am stärksten im Fokus war, und so wahrscheinlich als mobilisierende Leadvorlage des Abstimmungssonntags fungierte.

⁴ Unser Modell bestätigt so – für die eidgenössische Vorlage – das durch die SRG-Trend Befragung (gfs 2013) im Vorfeld der Abstimmung ermittelte dominante Konfliktmuster.

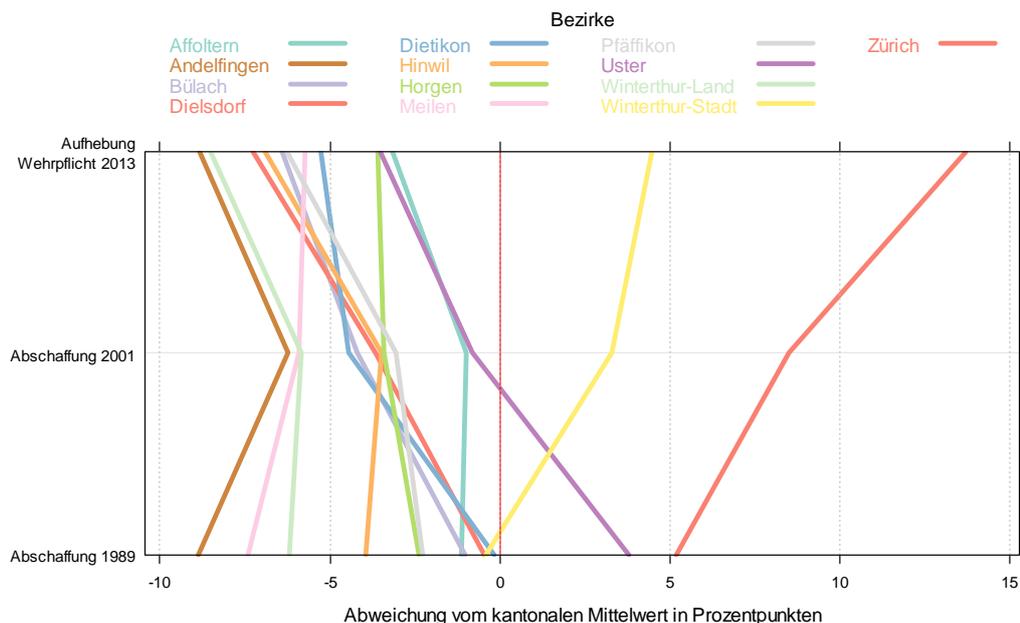
Die Stimmbeteiligung war dabei in sämtlichen Gemeinden höher als das jeweilige langfristige Mittel, allerdings nicht überall im selben Ausmass. Besonders gross war die Differenz tendenziell in jenen Gebieten, in denen die Wehrpflichtinitiative besonders wuchtig verworfen wurde.⁵ Dies ist Evidenz für einen Mobilisierungseffekt, und zwar zuungunsten der Initiative: Ihre Gegner gingen eher zur Urne als ihre Befürworter, und drückten so aufs Resultat. Nicht auszuschliessen ist angesichts des sehr ausgeprägten Zusammenhangs der Ja-Stimmenanteile (siehe Grafik 1), dass sich dies auch auf das Resultat der kantonalen Initiative auswirkte, welche dieselbe Gegnerschaft hatte. Die terminliche Paarung mit einer Bundesvorlage, welche die nationalkonservative Gegenschaft mobilisierte, könnte also auch die kantonale Initiative einige Ja-Stimmenprozente gekostet haben.

Armeefrage: zunehmende Kluft zwischen Grossstädten und Restkanton

Am vergangenen Sonntag wurde bereits zum dritten Mal in einem Vierteljahrhundert über die Grundlagen der schweizerischen Landesverteidigung abgestimmt. Die erste Armeeabschaffungsinitiative der GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) von 1989 – damals betrug die Stimmbeteiligung spektakuläre 71%! – wurde mit 39% Ja-Stimmen abgelehnt, die zweite von 2001 mit 23%; sie konnte also kaum mehr einen Achtungserfolg erringen. Auch wenn die aktuelle Initiative etwas weniger weit ging als ihre Vorgängerinnen, zielte sie doch auf ein zentrales, wenn nicht *das* zentrale Merkmal der traditionellen eidgenössischen Verteidigungskonzeption: die allgemeine Wehrpflicht. Zwischen den Gemeinderesultaten der drei Initiativen bestehen entsprechend auch ausgeprägte Zusammenhänge.

Grafik 3: Haltung zur Armeeabschaffung in den Bezirken 1989-2013

Differenz der Ja-Stimmenanteile zum jeweiligen kantonalen Resultat in Prozentpunkten, Zürcher Bezirke (Winterthur aufgeteilt in Stadt und Land)



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Dennoch stimmt die Bevölkerung in den Regionen heute nicht mehr gleich ab wie vor zwölf und vor 24 Jahren. Wie sich die Geometrie der Einstellungen zu dieser Thematik verändert hat, zeigt Grafik 3. Um die drei Abstimmungsresultate trotz des unterschiedlichen Niveaus der Zustimmung vergleichbar zu machen, ist die Abweichung der Bezirksresultate vom jeweiligen kantonalen Ja-Stimmenanteil dargestellt, der dem Nullpunkt entspricht.

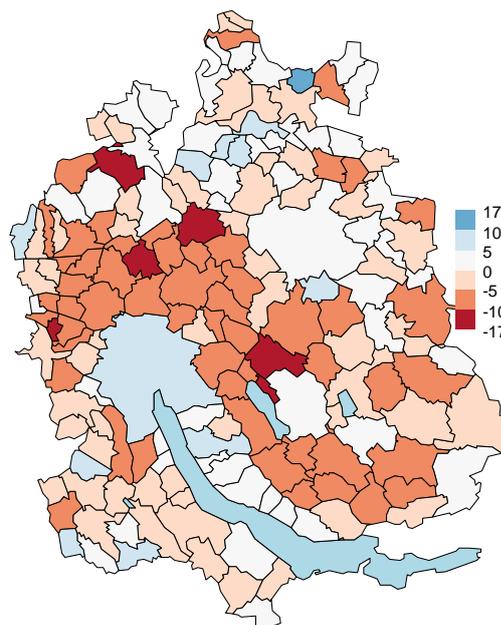
⁵ Das R^2 des Regressionsmodells des Resultats auf die Differenz zwischen dem Resultat der Initiative und der Differenz zwischen langfristigem Mittel und aktueller Stimmbeteiligung beträgt 0.14, der Parameter hat das korrekte (negative) Vorzeichen und ist signifikant (.999).

Der Kanton driftet in dieser Frage tendenziell auseinander. Die beiden Grossstädte Zürich und Winterthur wurden relativ zum kantonalen Benchmark armeekritischer. War der Ja-Stimmenanteil in Zürich 1989 erst 5 Prozentpunkte höher als im gesamten Kanton, waren es 2001 bereits 8 Prozentpunkte und 2013 dann 13. Winterthur bewegt sich, wenn auch nicht im selben Ausmass, in dieselbe Richtung. Die Land- und Agglomerationsbezirke haben sich, von Ausnahmen wie etwa Horgen abgesehen, dagegen eher in die Gegenrichtung bewegt: Sie sind heute, relativ gesehen, armeefreundlicher, bzw. weniger armeekritisch eingestellt als früher. Die Zustimmung zur Armeeabschaffungsinitiative im Bezirk Uster war 1989 noch klar über dem Durchschnitt (4 Prozentpunkte) und beinahe so hoch wie in der Stadt Zürich; heute liegt sie ebenso klar unter dem Kantonsmittel. Die Zustimmung ausserhalb Zürichs und Winterthurs weist heute auf Bezirksebene auch eine kleinere Streuung auf als 1989.

Wo die SVP zulegte, wurde die Armee beliebter

Von der Sonderentwicklung der beiden Städte einmal abgesehen: Wie haben sich die Gemeinden entwickelt, und welche Schlüsse kann man daraus über die Ursachen dieses Sinneswandels ziehen? Grafik 4 zeigt die kommunale Veränderung desselben Kennwerts (Abweichung vom kantonalen Gesamtergebnis in Prozentpunkten) zwischen 1989 und 2013. Das Fazit daraus: Ein geschlossener Gürtel von Agglomerationsgemeinden im Norden Zürichs und im Glattal ist armeefreundlicher geworden.

Grafik 4: Entwicklung der Haltung zur Armeeabschaffung 1989 bis 2013
Armeeabschaffungsinitiative 1989 und Aufhebung der Wehrpflicht 2013: Veränderung der Abweichung vom kantonalen Mittelwert in Prozentpunkten

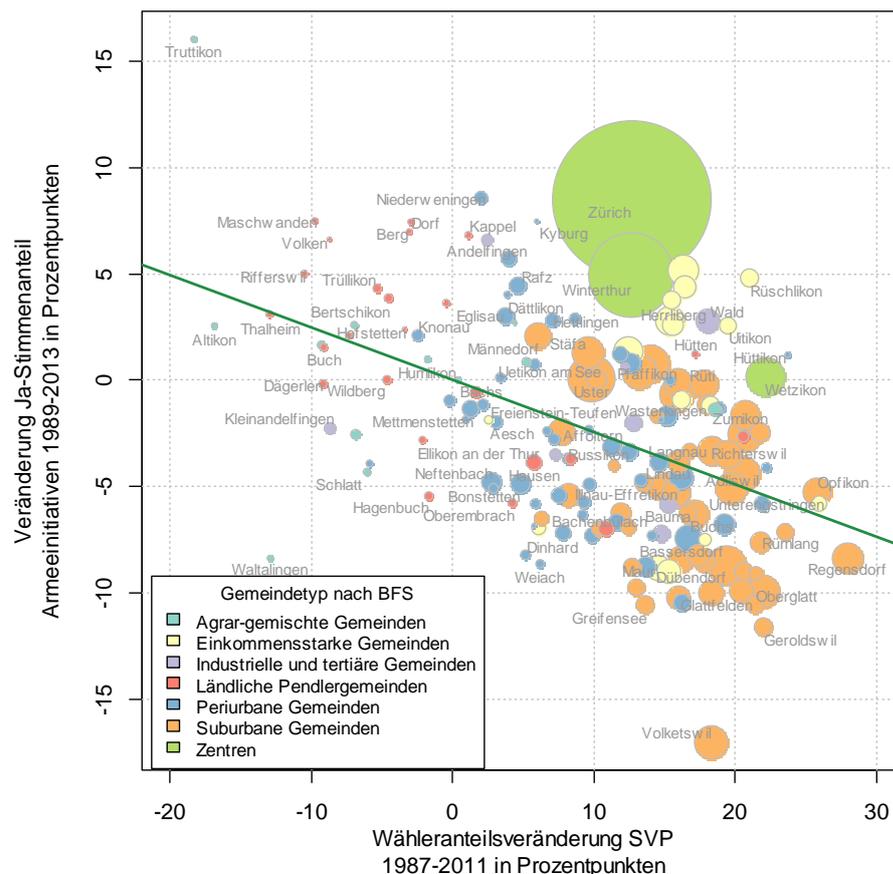


Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Angesichts der grossen Bedeutung der ideologischen Hauptachse der politischen Landschaft des Kantons für das Resultat der aktuellen Abstimmung (vgl. Grafik 2) ist es naheliegend, diese Entwicklung mit dem parteipolitischen Erdbeben der vergangenen 25 Jahre in Verbindung zu bringen: Dem Aufstieg einer dezidiert nationalkonservativen Partei, der SVP. Und in der Tat besteht zwischen der Veränderung des Wähleranteils der SVP in den Nationalratswahlen von 1987 bis 2011 und der Entwicklung der Haltung zur Armee in den Gemeinden ein zwar nicht sehr ausgeprägter ($R^2=0.21$) Zusammenhang, der in Grafik 5 aber doch klar erkennbar ist.

Grafik 5: Aufstieg der SVP und Haltung zur Armee

Veränderung des Wähleranteils der SVP (Nationalratswahlen 1987-2011) und Entwicklung der Haltung zur Armee (Indikator von Grafik 5)



Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

In Zahlen ausgedrückt: eine Zunahme des Wähleranteils der SVP von 10 Prozentpunkten verringert die Zustimmung zur Armee um etwa 2.4 Prozentpunkte. Das Umgekehrte gilt auch: Das zeigen einige kleine Landgemeinden wie Truttikon, Altikon oder Thalheim im Weinland, wo der SVP-Wähleranteil in dieser Periode abgenommen hat und die Haltung zur Armee skeptischer geworden ist als in der Vergangenheit (relativ gesehen sogar mehr als in Zürich) – was selbstverständlich keinesfalls bedeutet, dass dort die Aufhebung der Wehrpflicht mehrheitsfähig wäre. In Truttikon betrug der Ja-Stimmenanteil beispielsweise 25%.

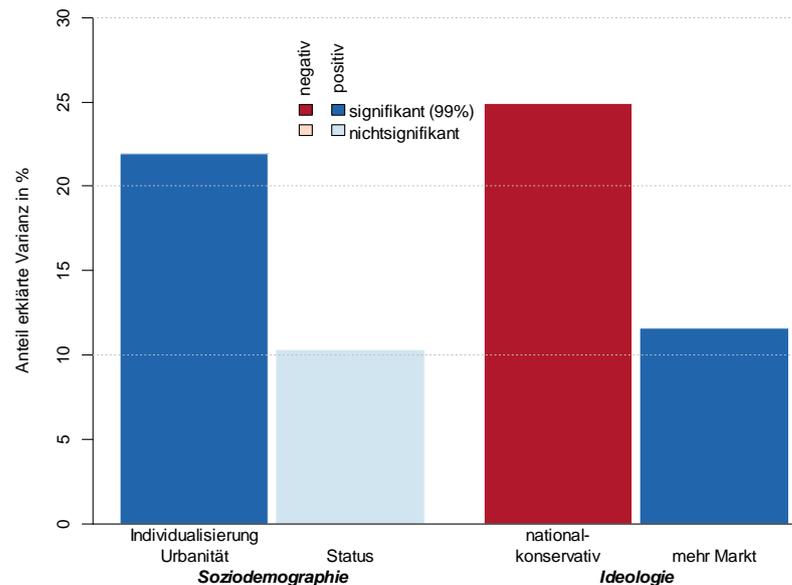
Das Epidemiengesetz – Wie ist der Sonderfall Oberland zu erklären?

Wendet man das Standardmodell auf die Zustimmung zum Epidemiengesetz an, so erhält man soweit plausible Resultate (Grafik 6). Einerseits ist die Zustimmung in den nationalkonservativen Gemeinden des Kantons geringer als in den gesellschaftlich progressiven. Das steht im Einklang mit dem Befund der zweiten SRG-Trend-Studie (gfs 2013), der gemäss die SVP-Wählerschaft knapp zum Nein neigte, aber auch der nationalen Parole der SVP (die Kantonalzürcher Sektion gab hingegen die Ja-Parole aus). Auch die zweite Dimension der politischen Landkarte hat eine gewisse Erklärungskraft – in den marktliberalen Gemeinden, dort wo die FDP ihren Wählerschwerpunkt hat, war die Zustimmung überdurchschnittlich.

Eine Rolle spielt auch der Urbanitätsgrad: In den urban-modernen Gebieten des Kantons war die Zustimmung höher als in den ländlich-traditionellen. Dies spiegelt sich auch in den gesamtschweizerischen Resultaten – die das Epidemiengesetz ablehnenden Regionen befinden sich fast alle im agrarisch geprägten sogenannten „Hirtengebiet“ (Bätzing 2003) der nördlichen Alpenabdachung.

Grafik 6: Einflussfaktoren der Zustimmung zum Epidemiegesetz

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils zum Epidemiegesetz, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 69%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils zum Epidemiegesetz. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Soweit so gut. Was bei dieser Vorlage aber jedem Betrachter einer Karte der Abstimmungsergebnisse unmittelbar ins Auge sticht, ist etwas anderes: Im Zürcher Oberland, östlich der Stäfa-Uster-Winterthur-Linie, wurde das Epidemiegesetz, in scharfem Kontrast zum übrigen Kanton, mehrheitlich und flächendeckend verworfen. Unser Standardmodell versagt angesichts dieses regionalen Ausreissers:⁶ Wie kann er erklärt werden?

Des Rätsels Lösung findet sich, fahndet man im reichen Fundus der Volksentscheide nach analogen regionalen Mustern – was übrigens durch unser neues [Abstimmungsarchiv](#) erheblich erleichtert wird. Am ähnlichsten ist das Tierseuchengesetz (Korrelationskoeffizient $r = 0.85$), über das erst vor kurzem, im November 2012, abgestimmt wurde; auch bei dieser Vorlage war dieser „Oberlandeffekt“ klar zu erkennen. Auch wenn es dabei um Tiere und nicht um Menschen ging, ist der sachliche Zusammenhang klar: Wie beim Epidemiegesetz stand gemäss der VOX-Analyse (Milic und Widmer 2013) auch damals die Impfproblematik für die Gegner der Vorlage im Vordergrund.

Vergleichsweise ausgeprägt (r grösser als 0.75) sind die Zusammenhänge auch mit dem Stammzellenforschungsgesetz (2004), vielleicht etwas überraschend aber auch mit etlichen kantonalen Bildungsvorlagen (Volksschul- und Bildungsgesetz von 2002, Beitritt zu „Har-moS“ 2008, Abschaffung der Hauswirtschaftskurse an den Mittelschulen von 2013). Auch bei diesen Vorlagen gab es, wenn auch etwas weniger deutlich, einen „Oberlandeffekt“.

Der gemeinsame Nenner dieser Vorlagen ist wohl, dass sie – nicht nur, aber auch – in freikirchlichen bzw. fundamentalchristlichen Kreisen auf besonders heftigen Widerstand sties-sen. Der Argumentationskomplex der dabei ins Spiel kommt, nimmt in der schweizerischen politischen Diskussion normalerweise eine untergeordnete Rolle ein. Anderswo, beispielsweise in den USA, gehört er aber zu den prägenden Elementen einer konservativen Welt-sicht. Der gemeinsame Nenner sind die Ablehnung von Eingriffen in die Erziehungsauto-

⁶ D.h. die negativen Residuen des Standardmodells sind dort flächendeckend sehr hoch. Derartige räumliche Autokorrelation zwischen den Residuen (die bei einem „guten“ Modell völlig unabhängig voneinander sein sollten) sind ein Hinweis auf Mängel der Modellspezifikation.

nomie der Eltern (Stichwort „Impfzwang“, „Sexualisierung von Kindern“), Gottes Schöpfung (etwa durch Gentechnik) aber auch diffuse Ängste vor einer Weltregierung – sei es die UNO oder die WHO. Einzelne Elemente dieses Argumentationskomplexes spielten für die Gegnerschaft der erwähnten Vorlagen und auch des Epidemiengesetzes eine Rolle.

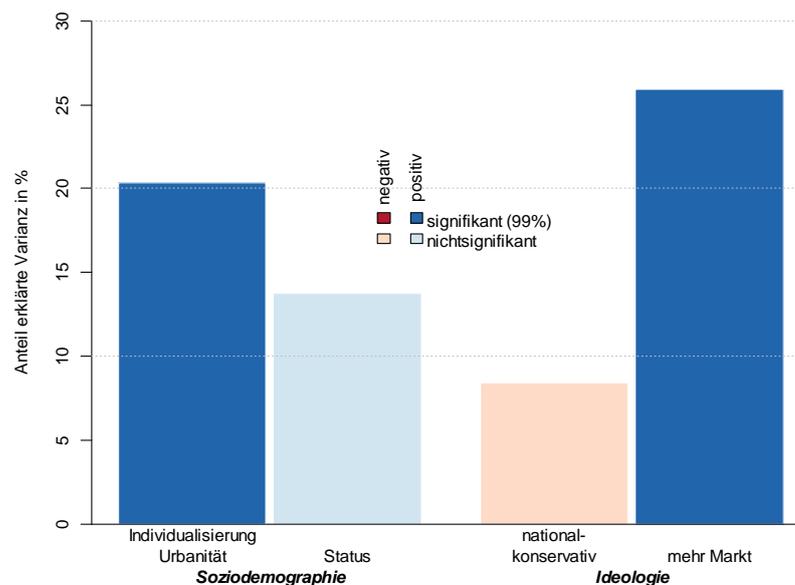
Nun ist bekannt, dass die Freikirchen, und die ihnen nahestehenden Parteien, die EDU und die EVP, im Zürcher Oberland vergleichsweise stark vertreten sind. In der Tat bestehen zwischen den Gemeinderesultaten des Epidemiengesetzes und den Wähleranteilen dieser beiden Parteien relativ ausgeprägte statistische Zusammenhänge.⁷ Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Anomalie auch durch diese historisch sehr weit, bis in die Reformationszeit zurückreichende „schwärmerische“ Tradition des Oberlands erklärt werden kann.

Tankstellenshops beliebt in urbanen und wirtschaftsliberalen Gebieten

Kaum Überraschungen birgt die Zustimmung zur Revision des Arbeitsgesetzes, bei der es, je nach politischem Standpunkt, um die Gestaltung des Warenangebots zwischen ein und fünf Uhr morgens in einigen Tankstellenshops an stark befahrenen Verkehrswegen ging, oder um einen Dammbbruch, der den schrankenlosen 24-Stunden-Arbeitstag im Detailhandel einläuten würde. Die wesentlichen Schlüsse, die sich aus der Varianz der Gemeinderesultate ziehen lassen, sind rasch referiert und inhaltlich keine Überraschung (Grafik 7).

Grafik 7: Einflussfaktoren der Zustimmung zum Arbeitsgesetz

Resultat eines multivariaten Regressionsmodells des Ja-Stimmenanteils der Bonzensteuer, n = 171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 68%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen zeigt die relative Bedeutung der vier Einflussfaktoren in Prozent der Gesamtvarianz der abhängigen Variablen, d.h. des Ja-Stimmenanteils des Arbeitsgesetzes. Als Mass für die Effektstärke der Variablen wird die „lmg“-Metrik verwendet (Grömping 2007, 2009). Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang **positiv** (je mehr, desto mehr) oder **negativ** (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung lässt erkennen, ob ein Zusammenhang statistisch signifikant ist.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Je marktfreundlicher und je urbaner eine Gemeinde, desto höher war der Ja-Stimmenanteil. Ersteres ist eine Folge des ökonomischen Liberalisierungscharakters der Vorlage – und dass diese Begleiterscheinung der 24-Stunden Gesellschaft in den modern-urbanen Ge-

⁷ Ergänzt man das Standardmodell um die Wähleranteile von EDU und EVP so haben deren Ko-effizienten das korrekte (negative) Vorzeichen, und die Erklärungskraft des Modells nimmt signifikant zu ($R^2=73\%$). Allerdings bleibt die räumliche Autokorrelation der Residuen (siehe Fussnote 6), wenn auch in vermindertem Ausmass erhalten – das Oberland gibt seine Geheimnisse also nicht so ohne weiteres preis.

bieten des Kantons mehr Anklang finden würde, als in den ländlich-traditionellen, war zu vermuten. Die Kombination dieser beiden Faktoren hat aber zur Folge, dass der üblicherweise bei ideologisch derart gepolten Vorlagen sichtbare Kontrast zwischen der marktskeptischen Stadt Zürich und den freisinnig geprägten Seegemeinden diesmal eher gering war.

Literatur

Bätzig, Werner (2003). Die Alpen – Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München.

gfs (2013). Trendanalyse gfs.bern zur Abstimmung vom 22.9.2013 im Auftrag der SRG SSR.

Grömping, Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping, Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Milic, Thomas, Thomas Widmer (2013). Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 25. November 2012. Bern.

Moser, Peter (2005). Politik im Kanton Zürich – eine Synthese. statistik.info 2005/15, Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Moser, Peter (2009). Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl – Eine Analyse der Zürcher Gemeinderesultate der Abstimmungen vom 29.11.2009. statistik.info 2009/12, Statistisches Amt des Kantons Zürich

Moser, Peter (2011a). „Wie der Kanton Zürich politisch funktioniert“. Neue Zürcher Zeitung, 8.3.2011.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich. Unser Newsletter „NewsStat“ informiert Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe "statistik.info" sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Verfasser: Dr. Peter Moser
Telefon: 043 259 75 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Schöntalstrasse 5
8090 Zürich

Telefon: 043 259 75 00

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch

© 2013 Statistisches Amt des Kantons Zürich, Abdruck mit Quellenangabe erlaubt.